

Abg. Herchenbach-Herweg dankte Frau Lübbert für ihr großes Engagement. Sie fragte, ob die elektrische Tür des Parkhauses bereits repariert sei und wer es veranlassen müsse.

Des Weiteren merkte sie an, dass unter dem Punkt „Vernetzung“ stehe, dass ein geplantes zweites Treffen mit den Behindertenbeauftragten der Städte und Gemeinden abgesagt worden sei, da das andere Thema „Flüchtlingssituation“ die Kapazität nicht hergegeben habe. Sie fragte, ob es mittlerweile einen neuen Termin gebe oder ob es zu einer Vernachlässigung des Themas komme.

KVOR'in Lübbert antwortete, dass die Tür des Parkhauses bereits repariert sei. Zum Thema „Vernetzung mit den Behindertenbeauftragten der Städte und Gemeinden“ führte sie aus, dass man auf Wunsch der Städte und Gemeinden eingeladen und sich über Themen verständigt habe.

Die Behindertenbeauftragten der einzelnen Kommunen seien in den verschiedensten Verwaltungsbereichen angesiedelt, wie z.B. der Bauverwaltung, dem Sozialbereich, etc. Dadurch ergebe sich die Problematik, gemeinsame Themen zu finden. Man habe eine erste Sitzung als Aufschlag durchgeführt, in der zweiten Sitzung habe man einen Referenten zum Thema „DIN 18040“ (barrierefreies Bauen) eingeladen. Man habe vor gehabt, sich über den Aktionsplan der Stadt Sankt Augustin berichten zu lassen, dort habe sich jedoch das ganze Verfahren verzögert. Dieses Thema solle noch besprochen werden, ein weiteres Thema sei z.B. die Änderung der Landesbauordnung, unter dem besonderen Blickwinkel der Umsetzung von Barrierefreiheit. Nur wenn wichtige Themen anstehen und es Sinn mache, werde man Personalressourcen bei den Städten und Gemeinden binden und zu weiteren Sitzungen einladen.

SkB Albrecht sagte, dass die Problematik mit den E-Scootern in Bezug auf die Busmitnahme immer noch nicht geklärt sei.

Weiter merkte er zum Punkt „Finanzieller Vorbehalt“ an zwei Stellen des Berichtes an, dass man sicherlich nicht alles auf einmal machen könne, es aber schlecht sei, wenn es von den Amtsleitern in dieser Form argumentativ vertreten werde. Er könne verstehen, wenn man sage, man könne nicht alle Menschen, die eine Behinderung haben, auf einmal bedienen und mit ihnen kommunizieren. Aber z.B. beim Thema des neuen Internetauftritts zu sagen, man müsse schauen, ob man finanziell zurechtkomme, finde er vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention bedenklich. Es wäre gut, wenn dies Schritt für Schritt durchgeführt werde, z.B. zuerst für die erste Gruppe, die am häufigsten bedient werden müsse oder am größten sei, danach könne man die anderen Gruppen nacharbeiten. Es wäre gut, wenn man den finanziellen Vorbehalt nicht mehr in den Mittelpunkt stellen, sondern möglichst sachbezogen daran arbeiten würde.

Weiter fragte er Frau Lübbert, ob es auch Flüchtlinge mit Behinderungen gebe, die sich an sie wenden würden und ob es in diese Richtung auch Unterstützungsbedarf gebe.

KVOR'in Lübbert führte in Bezug auf die E-Scooter aus, dass ein in Auftrag gegebenes Gutachten zu dem Schluss gekommen sei, dass unter gewissen Umständen, bestimmte Fahrzeuge mitgenommen werden könnten. Inzwischen

sei aber auf Landesebene erneut ein Gutachten in Auftrag gegeben worden. Das Ganze sei ein heikles versicherungstechnisches Thema. Es gebe nach ihrem Kenntnisstand kein Verkehrsunternehmen, das aufgrund des ersten Gutachtens, die ablehnende Haltung die Mitnahme von E-Scootern betreffend aufgegeben hätte. Es sei für die Betroffenen ein großes Ärgernis, da es eine deutliche Einschränkung in ihrer Bewegungsmöglichkeit bedeuten würde.

Beim Thema barrierefreier Internetauftritt könne sie mangels umfassender IT-Kenntnisse der Firma und dem federführenden Fachbereich nur die Anforderungen nach dem Behindertengleichstellungsgesetz und dazu erlassenen Verordnungen zur Umsetzung mitteilen. Der zuständige Fachbereich habe auf das Problem hingewiesen, dass man für das Projekt nur einen begrenzten Betrag an Geld zur Verfügung habe.

Ob man alles umgesetzt bekomme oder ob andere Dinge in diesem Portal vorrangig seien, bleibe abzuwarten.

Sie sei erfreut, wenn man die Umsetzung unterstützen würde und an den Stellen, an denen man Einfluss nehmen könne, wichtige Sachen einbringe, für die man Geld einsetzen wolle.

Man müsse sicherlich überall Kompromisse eingehen, aber es habe auch mit Bewusstseinsbildung zu tun, für den Einsatz von Mitteln für Maßnahmen zum Abbau von Barrieren zu werben.

Des Weiteren führte KVOR'in Lübbert aus, dass sie zwar keine konkrete Anlaufstelle für Bürger sei, aber dennoch Anrufe mit Einzelanfragen erhalte. Es habe einen Fall mit einem behinderten Flüchtling gegeben, für den die Situation in der Notunterkunft überhaupt nicht tauglich gewesen sei. Ehrenamtler, die sich um diese Person kümmerten, hätten sich an einen relativ großen Verteiler gewandt, sodass sie auch von der Problemlage erfahren habe. Weil man nicht in den Verantwortungsbereich einer zuständigen Kommune eingreifen und Forderungen stellen wolle, habe sie Hinweise gegeben, wo man Informationen bekommen oder den richtigen Ansprechpartner finden könne. Dies sei jedoch ein Einzelfall gewesen.

Ltd. KVD Allroggen ergänzte, dass das Kommunale Integrationszentrum mehrere solcher Anfragen bekommen habe und versuche, Fachleute zu vermitteln sowie Lösungsvorschläge zu machen. Darüber werde sicherlich demnächst in dem anderen Fachausschuss berichtet werden.

Die Vorsitzende, Abg. Bähr-Losse dankte Frau Lübbert für die geleistete Arbeit.